



**Rede von Oberbürgermeister Torsten Albig
zu den Haushaltsberatungen der Landeshauptstadt Kiel
am 10. Dezember 2009**

**„Mit Kraft durch schweres Wetter –
Ein Haushalt für Bildung und Wachstum“**

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,
sehr geehrte Mitglieder der Ratsversammlung,
meine Damen und Herren,

müssen wir angesichts der globalen Wirtschaftskrise unseren Mut verlieren? Sind wir ohne jede Hoffnung auf finanzielle Besserung? Sind wir nur eine getriebene Jolle im Mehr der Haushaltsdefizite?

Aus vielen Gesprächen in den letzten Wochen habe ich die Betroffenheit gespürt und zum Teil auch die Ratlosigkeit mitgenommen, wenn über die aktuelle und sich in Zukunft noch weiter verschlechternde finanzielle Situation der Stadt gesprochen wird.

Diese Situation gilt hier – wie in allen anderen Gebietskörperschaften Deutschlands. Zuletzt sehr eindrücklich am vergangenen Montag auf der ersten Bürgermeisterkonferenz des neuen Kieler Innenministers in Lübeck wahrnehmbar.

Unsere haushaltspolitische Lage entsteht – nachvollziehbarer Weise – vor einer wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, die in Folge einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise bis zum dritten Quartal einen Wachstumseinbruch in unserem Land um fast 5 Prozent mit sich brachte. Eine derartige Situation gab es noch nie in Deutschland seit der Großen Depression Ende der 20er Jahre. Diese Entwicklung zeigt unvermeidlich ihre Spuren in allen öffentlichen Haushalten. Ohne jede Ausnahme.

Und in der Tat wächst die Zuversicht nicht gerade angesichts der törichten Pläne der neuen Bundesregierung, das Land mit einem Steuersenkungspaket zu „beglücken“, das niemand braucht und das allein in unserer Stadt das Defizit um weitere 6 Millionen anwachsen lassen würde. Leider nur das Defizit – denn Wachstum lösen Steuersenkungen in dieser Größenordnung nicht aus. Haben sie noch nie – werden sie auch nie.

In manchen Portemonnaies werden wohl die Scheinfächer gefüllter sein – zu Lasten derer, die dort suchen müssen, wo sonst die Münzen waren. 6 Millionen Euro jedes Jahr – das ist ziemlich genau der Nettoaufwand, den die Stadt jedes Jahr betreiben möchte für Einrichtungen der Jugendarbeit. „Danke liebe Bundes-FDP“ will man da rufen. „Danke“ im Namen der Kinder, die in Kiel wie in anderen Städten des Landes vielleicht bald vor geschlossenen Einrichtungen stehen müssen.

Und alle Kraft dem Ministerpräsidenten unseres Landes bei seinem Kampf gegen diesen Unfug. Lassen Sie sich Ihre bessere Überzeugung nicht abkaufen, Herr Ministerpräsident.

Sieht man sich die Einnahmeentwicklung in den deutschen Städten an – bereits ohne weitere Berliner Angriffe auf unsere finanzielle Selbstständigkeit – hellt sich der Blick auch nicht gerade auf.



Im Entwurf des Haushaltsplanes 2009 gingen wir in der Planung für 2010 noch von Einnahmen in einer Höhe von mehr als 368 Millionen Euro aus. In der Planung für 2010 sind es aktuell nur noch 332 Millionen. Dies bedeutet Mindereinnahmen in einer Höhe von 36 Millionen Euro. Das sind in der Summe dieselben Mittel, die wir veranschlagen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach SGB XII und für die Hilfen zur Erziehung nach SGB VIII. Und in der Finanzplanung erwarten wir jährlich ein solches Delta.

Will man beschreiben, was hier faktisch passiert, da ist es wohl berechtigt zu sagen: Die Gier der Investmentbanker gefährdet die Grundlagen unserer sozialen Sicherheit in unseren Städten. Es ist wichtig, sich das zu vergegenwärtigen. Denn es wird nicht lange dauern, dann werden Sie, meine Damen und Herren, wieder lesen, dass es allein an dem „Sparunwillen deutscher Städte“ läge, dass es ihnen nicht gut ginge. Nein! Diesmal liegt es an der nicht zu stillenden Gier weltweiter Finanzzocker.

Und trotz aller dieser Angriffe auf unsere Finanzkraft rufe ich Ihnen zu: Verlieren Sie nicht den Mut. Vertrauen Sie Ihrer Kraft. *„Wenn es einen Glauben gibt, der Berge versetzen kann, so ist es der Glaube an die eigene Kraft“*, hat schon Marie von Ebner-Eschenbach vor vielen Jahren erkannt. Und das gilt besonders für unsere Stadt. Denn Kiel ist eine starke Stadt. Und es gilt auch für diesen Haushalt. Denn er ist ein kluger Haushalt.

Welches sind Fakten, die uns Mut machen können? Fakten, die für die Kraft unserer Stadt sprechen, erfolgreich gegen die Krise zu kämpfen.

Ich möchte hier nur drei von vielen nennen.

Es macht erstens Mut, dass wir in diesen Zeiten nicht nur über Bildung reden, sondern Bildung stärken und stützen. Kein anderer Bereich wird mit solcher Kraft gestärkt und gestützt. Und wenn ich die Diskussion im Finanzausschuss und die heutige Antragslage sehe mit breiter Mehrheit über alle Fraktionen hinweg!

Natürlich müssten wir noch viel mehr leisten, wenn es ginge – aber wir stemmen uns mit Kraft gegen den Krisensturm. Denn wenn wir hier versagen, werden wir in den nächsten Jahrzehnten erleben, dass eine Finanzmarktkrise ein laues Lüftchen gegen die Auswirkungen einer Bildungskrise ist, die sich zu einer Wirtschaftskrise ausweitet.

Unsere Stadt ist zweitens Heimat einer der großen und einer der besten deutschen Hochschulen. Heimat von weiteren exzellenten Hochschulen. Orten der Innovation und der Ausbildung. Kraftzellen, die unsere Zukunft speisen. Wir müssen nur endlich unseren Motor an diese Akkus anschließen, damit unser Anlasser einen stärkeren Impuls bekommt. Die Hochschulen sind nicht nur Orte, in denen Wissen wächst. Nein, sie sind auch ökonomische Erfolgsfaktoren. Schon jetzt zieht allein die CAU mehr Drittmittel in die Stadt als alle Konjunkturprogramme der Bundesregierung zusammen. Unsere Stadt muss aber noch viel stärker als bisher die Universität in ihre gesellschaftliche – aber auch ihre ökonomische Mitte ziehen. Das, was im Wissenschaftspark schon so erfolgreich passiert, muss an vielen Stellen der Stadt passieren. Die Städte sind im Wettbewerb erfolgreich, die ihre Hochschulen zentral in ihrer Politik positionieren. Die Universitätsstadt, die Hochschulstadt Kiel hat Zukunft.

Es macht drittens Mut, an unserer Seite viele gerade mittelständische Unternehmerinnen und Unternehmer zu haben, die etwas unternehmen wollen. Die getragen werden auch von einer IHK zu Kiel, die ganz sicher nicht in allen Punkten meiner Meinung ist. Die sich aber der Krise mit Mut und Zuversicht in die eigenen Kräfte entgegenstellt. Die Mitgliedsunternehmen hat, die ausbilden, die einstellen, die Ideen haben.

Diesen Menschen, die das wirtschaftliche Rückgrat unserer Stadt sind, müssen wir jeden Weg für ihren unternehmerischen Erfolg ebnen. Jeder andere Aspekt städtischen Handelns hat zurückzutreten hinter der Frage, wie unterstützen wir diejenigen, die nachhaltig die



wirtschaftliche Situation unserer Stadt stärken wollen. Und wir haben uns sehr zurückzuhalten bei der Beurteilung unternehmerischer Konzepte. Politik ist nie ein guter Unternehmer gewesen – das Beste, was sie tun kann, ist Unternehmungen den Rücken zu stärken. Das mindeste ist, sie nicht zu behindern.

Meine Damen und Herren, es gibt keinen Zweifel: wir können den haushälterischen Folgen der Krise nicht haushälterisch begegnen. Der Bundeskanzlerin kann – hier zumindest – nur zugestimmt werden, wenn sie sagt: *„Wir dürfen nicht glauben, wir könnten uns erfolgreich aus der Krise sparen.... In Zeiten des Abschwungs oder des gerade zart keimenden Aufschwungs wird das nicht funktionieren. Das wäre sogar kontraproduktiv...“*.

Für Deutschland im Ganzen gilt wie für Kiel im Einzelnen: Reine Buchprüfer, die nichts konnten, als auf Empfängen die Kekse zu zählen, haben Land oder Stadt nie mehr Wohlstand verschafft. Sie haben nur berechnet, was andere mehr geleistet haben.

Also ist die vornehmste Aufgabe eines kommunalen Haushaltes in Krisenzeiten, die Voraussetzungen für mehr Wachstum zu schaffen. Und die primäre Voraussetzung, die wir beeinflussen können, ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen in Kindergärten und Schulen. Wer Bildungsarmut sät, wird verarmte Alte ernten. Ein dummes Land wird immer ein armes Land sein.

So sollen zusätzliche Mittel für eine schnellere Beseitigung des Sanierungsstaus und die Modernisierung von Fachräumen der Schulen eingesetzt werden. Die Aufwendungen im Bereich Schulen steigen um fast 8 Millionen Euro. Darin enthalten sind Mittel in Höhe von 1,4 Millionen für die Modernisierung von Fachräumen und zusätzlich 2,5 Millionen Euro zur schnelleren Beseitigung des bestehenden Sanierungsstaus.

Im Bereich der Kinderbetreuung steigt der Aufwand um mehr als 12 Millionen Euro. Eine Verbesserung des Betreuungsangebotes wird unter anderem durch die spürbare Einstellung von zusätzlichem Personal erreicht. Dies bedeutet ebenfalls eine erhebliche Kraftanstrengung.

Aber wir müssen uns – über alle Parteigrenzen hinweg – endlich dem Unsinn widersetzen, dass wir ohne mit der Wimper zu zucken, jedes Jahr durch chancenlose Schulabgänger Sozialfälle mit haushälterischen Folgen im 100-Millionen-Euro-Bereich produzieren – aber wenn wir Sprachförderung in Kitas durch Sozialpädagoginnen verbessern wollen, alle „Haltet den Lump, er verschwendet Steuermittel“ schreien. So redet man in Berlin – das ist kommunalen Vertretern aber nicht würdig.

Denn wir zahlen den Preis für diese Dummheit. Jede richtig eingesetzte sozialpädagogische Fachkraft ist wie eine hochverzinsliche Anlage von Steuergeldern. Diese Menschen sichern unsere Renten. Mehr als jeder Investmentfonds. Vielleicht sollten wir auch als Bürger lieber in solche Zertifikate investieren, die klügere Menschen möglich machen und über deren Einnahmen wir zusätzliche Lehrerinnen, Kindergärtner oder Sozialpädagogen einstellen. Die Zukunftsrendite ist garantiert – und das werden unter Garantie keine Peanuts sein.

Unser Nettoaufwand 2010 im Bereich der Kindertagesstätten liegt bei über 47 Millionen Euro. Bei den Schulen sind es sogar fast 54 Millionen Euro. Das ist ein starkes, ein mutmachendes Signal. Ein Investment in unsere Stadt. In unsere Kinder. Ein Investment in unsere Zukunft. Über 100 Millionen Euro – 1/6 unserer Ausgaben.

Es macht auch Mut, dass wir – gerade in diesen Zeiten – unsere sonstigen Investitionen so hoch halten wie irgend möglich. Damit erfüllen wir auch die Forderungen der Kommunalaufsicht, die noch vor wenigen Tagen deutlich gemacht hat, dass alle öffentlichen Ebenen dieses wie nächstes Jahr konjunkturstützend wirken sollten. Das tut unser Haushalt. Er wird damit eine starke Stütze der Beschäftigung im Kieler Mittelstand sein. Projekte wie das



Zukunftsprojekt „RBZ“ oder ein neues „Zentralbad für alle Kieler“ werden eine breite Konjunkturstützung der Kieler Wirtschaft bewirken.

Da unser Kreditvolumen vollständig in diesem Sinne für konjunkturstützende Investitionen benötigt wird, sollte es übrigens auch für die Haushaltsgenehmigung keine Hindernisse geben.

Auch als Arbeitgeber verhalten wir uns konjunkturell klug, indem wir keine Signale senden, die den Kieler Arbeitsmarkt belasten könnten. Wir stehen in der Verantwortung vor unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern genauso wie wir als zweitgrößter Arbeitgeber Kiels Verantwortung für die Kaufkraft in der Region haben.

Es ist auch richtig, in diesen Zeiten auf konjunkturgefährdende Steuererhöhungen zu verzichten. Natürlich hätte ich Ihnen Einnahmeerhöhungen vorschlagen können. Wir könnten beispielsweise die Steuersätze für die Gewerbe-, Grund- oder die Hundesteuer erhöhen. Letztere bringt bei einer Verdoppelung keine 500.000 Euro. Die Gewerbesteuer hat ein Erhöhungspotenzial je 10 Hebesatzpunkte von circa 2,5 Millionen Euro (Tendenz sinkend, je höher man geht), bei der Grundsteuer B sind es je 10 Punkte gut 700.000 Euro. Also bei einer Anhebung um jeweils 30 Punkte und einer Hundesteuverdoppelung könnten wir gut 10 Millionen Euro mehr erzielen? Aber wäre das eine kluge Maßnahme in diesen Tagen der wirtschaftlichen Schwäche auf deutsches Spitzensteuerniveau zu gehen? Ich gehe davon aus, dass sie meine Einschätzung teilen, dass es vielmehr eine schädliche Entscheidung wäre. Zumindest in diesem Haushalt.

Der Haushaltsentwurf der Verwaltung ist auch ein Haushalt der Konzentration. Wir verzetteln uns nicht an tausend Fadenenden, die wir alle gleichzeitig packen wollen. Nein. Wir stärken Bildung. Wir stützen das Wachstum. Und wir verzichten auf vieles, was wir auch gerne machen würden. Gerade in der Infrastruktur gäbe es noch viele berechnete Wünsche, mehr Gas zu geben. Da fahren wir auf Sicht. Und auch ein neues Zentralbad für alle Kieler ist ein Zeichen der Konzentration. Denn dieses Werk wird nur gelingen, wenn wir woanders nachlassen. Wenn wir nicht alles auf einmal wollen. Nicht weil wir die tiefe symbolische Bedeutung liebgehabter Orte nicht kennen würden. Sondern weil wir eine klare Priorität setzen: für eine leistungsfähige Infrastruktur zu Gunsten der Vereine und der Schulen, zu Gunsten der Menschen in unserer Stadt. Aller Menschen. Von Schilksee bis Neumühlen-Dietrichsdorf.

Hinter diesem Haushalt steckt die tiefe Überzeugung der Verwaltung, dass wir Wachstumskräfte in unserer Stadt nicht ohne Not begrenzen dürfen. Wir müssen sie vielmehr freisetzen. Dazu bedarf es aber der noch größeren Bereitschaft der Selbstverwaltung, diesen Weg zu unterstützen. Ich appelliere an sie, Ihre Kraft in diesem Saal in den nächsten Jahren noch stärker zu nutzen, damit wir über die für unsere Stadt wichtigen Entscheidungen schneller entscheiden. Viele Entscheidungen auch sprichwörtlich in diesen Saal zurückzuholen. Denn hier sollte das Kraftzentrum eines starken Kiels sein.

Wir brauchen eine klare Vorstellung des Weges, den Kiel gehen soll und wohin er gehen soll – aber wir brauchen keinen Plan über jeden Meter dieses Weges. Wenn in diesen Zeiten, Menschen unsere Zielvorstellung teilen, dann verdienen sie unsere Unterstützung und unseren Mut, dass wir den Weg für sie frei machen. Wir brauchen mutigere und schnellere Lösungen. Wer Konsens in allen Punkten herbeiführen will, der erreicht nur Mittelmaß – nicht Fortschritt. Mittelmaß haben wir aber genug.

Nicht ohne Grund sind wohl wenige der Weltwunder der Erde – wenn ich mich nicht täusche – von kommunalen Stadtgestaltungsbeiräten gebilligt worden oder haben sich kommunalen Wettbewerben gestellt. Lassen Sie uns auch unsere Beteiligungsformen weiterentwickeln. Wir brauchen Beteiligungen, an denen möglichst viele Bürgerinnen und Bürger teilhaben können – auch die, die offen sind für Veränderungen. Beteiligungen, die nur das „Nein“



abfragen, blockieren nicht nur unsere Stadt. Sie exkludieren auch die Mehrheit der Kielerinnen und Kieler. Ich bin sicher, dass wir hier auf einem guten Weg sind. Mit noch mehr Mut wird er auch ein erfolgreicher.

Auch bei der Frage, wie organisieren wir künftig unsere Stadt, werden wir mutiger sein müssen. Zum Mut gehört als erstes die Bereitschaft anzuerkennen, was unsere Stadt eigentlich ausmacht. Kiel ist in erster Linie eine Soziale Stadt. Das erkennen wir, wenn wir auf die zentralen „Ergebnisbringer“ unseres Haushaltes schauen: Kosten der Unterkunft mit minus 62 Millionen Euro, Kindertagesstätten: minus 48 Millionen Euro, Immobilienwirtschaft: minus 44 Millionen Euro, Hilfen aus dem SGB XII: minus 40 Millionen Euro, Innere Dienstleistungen der Stadt: minus 37 Millionen, Kultur: minus 23 Millionen Euro, Zinsen: minus 21 Millionen Euro, Feuerwehr: rund minus 19 Millionen Euro. Um das allein hinter diesen acht Aus- und Aufgabenbereichen stehende Minus zu decken, reichen unsere gesamten Steuereinnahmen nicht annähernd aus.

Gucken wir näher rein, entdecken wir im Wesentlichen Leistungen, die in Art und Höhe von anderen Stellen vorgegeben sind. Entdecken wir Personalkostenanteile von 40 bis 80 Prozent – also langfristige rechtliche Bindungen an in der Regel hoch qualifizierte Menschen. Wir entdecken, dass die von Haushältern als Streichobjekt so hochgeliebte Kultur – abgesehen von ihrer extremen Personalkostenlastigkeit – wenn es sie morgen nicht mehr gäbe, unser Ergebnis nur um 30 Prozent auf minus 53 Millionen Euro verbessern würde. Und wir hätten kein einziges Buch mehr in der Ausleihe, keinen Kurs in der Volkshochschule mehr, kein Kind würde ein Instrument an unserer Musikschule mehr lernen. Wir ständen vor einer kulturellen Eiswüste, in der die Menschen unserer Stadt erfrieren würden. Wir brauchen den Mut, diese Erkenntnisse zu akzeptieren. Und die Bereitschaft, nicht immer weitere Diskussionen um die immer selben nicht zielführenden Maßnahmen zu führen.

Die Menschen in dieser Stadt erwarten, dass wir eine lebenswerte Stadt vorhalten, die sich so organisiert, dass die grundlegenden Lebensbedürfnisse schnell und unkompliziert erfüllt werden. Überall, wo wir in unserer Arbeit auf Menschen treffen, müssen wir im Zweifel mit Menschen vor Ort sein. Denn vieles kann der Mensch entbehren, nur den Menschen nicht. (Ludwig Börne).

Überall, wo wir als Bürokratie auftreten, Normen setzen oder uns selber organisieren, müssen wir so effizient als irgend möglich aufgestellt sein. Ich bin auf das Land und unsere Partner in der kommunalen Familie zugegangen für Diskussionen, wie wir uns auch anders organisieren könnten. Dass die oben genannten zentralen Dienste in jeder großen Stadt des Landes gesondert vorgehalten werden, ist kein 11. Gebot. Es ist bisher so gewollt. Es muss aber nicht so gewollt sein. Ich bin sicher, dass die Krise, den Mut aller Kommunen steigen lässt, viel grundsätzlichere Antworten auf die Frage zuzulassen, wie organisieren wir uns nach innen? Nur dann gewinnen wir Raum, um uns überall dort stärker aufzustellen, wo wir nach außen agieren – insbesondere da, wo wir bewusst soziale Stadt sein wollen. Und sozial bedeutet für mich vor allem der Antrieb, nicht nur Transfermittelauszahlungsstelle zu sein, sondern aktiv dazu beizutragen, dass Menschen gar nicht erst auf Transfermittel angewiesen sind in ihrem Leben.

Diesen Anspruch zu erfüllen, ist unserer aller Aufgabe. Dies kann nicht die Last oder Verpflichtung eines Einzelnen sein. Dies kann uns nur gemeinsam gelingen. In diesem Streben sehe ich uns aber auch alle hier vereint. Im letzten Jahr hat die Ratsversammlung Beschlüsse zu Reformkataster und Konsolidierungspfad gefasst. In diesem Jahr liegen Anträge der CDU-Ratsfraktion und der FDP-Ratsfraktion auf dem Tisch. Auf den ersten Blick sind die jeweiligen Ansätze völlig unterschiedlich. Dies sind sie auch tatsächlich in der Herangehensweise an die Problemstellungen und die Herausforderungen. In der Sache zielen sie jedoch alle auf in der Zukunft ausgeglichene Haushalte und der Wiedergewinnung von Handlungsspielräumen ab.



Unabhängig von meiner persönlichen Bewertung der verschiedenen Herangehensweisen zur Lösung des Finanzproblems, erlaube ich mir an dieser Stelle festzustellen, dass das Grundproblem nicht darin besteht, dass die Verwaltung leichtsinnig oder sogar verschwenderisch mit den ihr zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen umgeht und noch weniger ist es das Resultat fehlender Sparbemühungen. Leider wird dieser Eindruck in manchen Debatten heraufbeschworen.

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die Verwaltung könnte jederzeit Vorschläge wie die oben genannten Streichungen unterbreiten. Beschlossen Sie es heute, wäre es Neujahr Realität. Ich will eine solche Stadt nicht und schließe für mich aus, dass sie anschließend noch die Prädikate „lebenswert“ und „liebenswert“ verdient! Ich halte einen solchen Weg auch ökonomisch für töricht, weil eine solche „sparsame“ Stadt zu den Verlierern im Wettkampf der Regionen zählen wird.

Um nicht missverstanden zu werden: Ihre Erwartung, der Oberbürgermeister und seine Verwaltung mögen einen Haushaltsausgleich anstreben, ist legitim. Eine Zinslast von über 20 Millionen Euro im Jahr, ist eine unerträgliche Last für jeden, der politisch gestalten und nicht nur verwalten will. Dennoch: Einen Zeitraum für eine derartige Zielsetzung dafür einigermaßen verlässlich einschätzen und nennen zu wollen, wäre allerdings nicht seriös. Im Bund nicht. Im Land nicht. Und auch hier nicht.

Einige von Ihnen erinnern sich sicherlich an den von mir entwickelten Eckwertbeschluss aus 2005, der im Grunde von einer Reduzierung der Ausgaben um wenigstens 25 Prozent über mehrere Jahre ausging. In entsprechender Umsetzung hätten wir in der Folge unsere Personalausgaben ebenfalls um ein Viertel senken können, was zum damaligen Zeitpunkt einen Abbau von etwa 1.000 Stellen bedeutet hätte. Zu dieser dauerhaften Kraftanstrengung hätte es der Mobilisierung und Akzeptanz der in der Ratsversammlung vertretenen Parteien und darüber hinaus aller gesellschaftlichen Kräfte bedurft. Dazu ist es nicht gekommen. Dazu konnte es wohl auch nicht kommen, da übersehen wurde, dass die theoretischen Fluktuationszahlen mit den realen Bedürfnissen der Stadt nicht in Einklang zu bringen sind. Übrigens hier nicht und an anderen Orten, die diesen Weg gehen wollten, ebenso wenig. Ich werde Ihnen deshalb Anfang 2010 vorschlagen, diesen Weg nicht weiter zu gehen. Gemeinsam mit den Dezernenten wird die Verwaltung einen Pfad der kontinuierlichen Strukturverbesserung der Stadtverwaltung vorschlagen, der sowohl die inhaltlichen Bedürfnisse der Stadt als auch den optimalen Einsatz der Steuermittel zum Gegenstand hat.

Ich werde in den nächsten Jahren in unserer inneren Aufstellung vor allem zwei Handlungsstränge verfolgen:

Der eine Handlungsstrang ist nach innen gerichtet.

1. Ich werde unter dem Stichwort „Prozessoptimierung“ Erkenntnisse erarbeiten lassen, die den Ressourcenverbrauch umfassender als bisher beschreiben und einen optimaleren Mitteleinsatz gewährleisten werden. Wir haben immer noch 34 Millionen Euro an Mietkosten im Haushalt. Über 6 Millionen an Energiekosten. 20 Prozent Senkung erhöht unsere Spielräume um 8 Millionen Euro. Wir werden dafür mit Investitionen in Vorleistung gehen. Aber wir haben noch riesige Spielräume.
2. Ich werde darauf aufbauend die Personal- und Organisationsentwicklung so auf den Weg bringen, dass sich bestehende Prozesskosten verringern.
3. Ich werde den Prozess der Haushaltsaufstellung kurzfristig weiter entwickeln, um Ihnen künftig noch bessere Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung stellen zu können.



Der andere Handlungsstrang ist nach außen gerichtet.

1. Ich werde mich bei der Landesregierung permanent und nachdrücklich für eine bessere und nachhaltige Finanzausstattung der Landeshauptstadt Kiel stark machen.
2. Ich werde meine Mitgliedschaften in überkommunalen und überregionalen Gremien dafür nutzen, für den Systemwechsel in der Gemeindefinanzierung zu werben.
3. Ich werde mit einigen meiner AmtskollegInnen sowohl aus Schleswig-Holstein als auch in anderen Landeshauptstädten in einen Prozess eintreten, an dessen Ende die Beschreibung steht, was eine Stadt unserer Größenordnung in der Zukunft als Leistungen anbietet.

Auch wenn der Haushalt und die mittelfristige Planung, die ihnen heute vorliegt, Sie immer wieder in ihrem Mut bremsen sollte, erlauben Sie mir abschließend einen Hinweis auf die Realität und ihre Erfahrungen mit ihr. Diese Erfahrung sagt, es wird nicht so kommen, wie es auf dem Papier steht. Die Kraft der Realität sprengt jeden Plan. Erinnern Sie sich an 2008.

Vor zwei Jahren haben Sie hier einen Haushaltsentwurf beschlossen, der mit einem geplanten Defizit im Verwaltungshaushalt von 43,5 Millionen Euro schloss. Der Jahresabschluss wies dann eine Verbesserung von gut 96 Millionen Euro aus, die zu einer spürbaren Zuführung von 46 Millionen Euro zur allgemeinen Rücklage geführt haben.

Letzten Dezember erwarteten Sie einen Fehlbetrag von 35,5 Millionen Euro. Daraus wurden in Folge der Wirtschaftskrise laut Nachtragssatzung im August 56,5 Millionen Euro. Der Jahresabschluss wird aber wohl irgendwo bei minus 42 Millionen Euro liegen.

Die wahre Kunst des Haushaltes liegt in seinem Vollzug. Und wenn wir den mit Mut und Kraft angehen, werden wir sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmeseite erleben, dass unsere Stadt Ihren Mut verdient hat. Wir werden aus der Krise herauswachsen. Wir werden die sozialen Fundamente dafür nicht angreifen. Wir werden eine Stadt der Bildung sein. Und wir werden in den nächsten Jahren eine noch modernere, noch leistungsfähigere und noch bürgernähere Verwaltung sein.

Mit Ihrer Zustimmung zum vorgelegten Haushalt würden Sie ein deutliches Signal setzen, dass die Stadt nicht resigniert, sondern in die Zukunft investiert. Dass wir keine Jolle, sondern ein Dickschiff sind, dass auch den stärksten Stürmen trotzt.

Zum Abschluss möchte ich noch die Gelegenheit nutzen, um allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu danken, die an der Erstellung des Haushaltes mitgewirkt haben. Mein besonderer Dank gilt dem Amt für Finanzwirtschaft, das durch seinen Einsatz wie in jedem Jahr dafür gesorgt hat, dass die Haushaltsberatungen im Dezember stattfinden können. Und in der Übergangszeit zu einem doppischen Haushalt ist das ganz bestimmt keine leichte Aufgabe.

Aber auch allen anderen Kolleginnen und Kollegen aus den Ämtern, die neben ihren nicht wenigen Aufgaben die Zulieferungen haben leisten müssen, möchte ich Dank sagen. Ich verspreche Ihnen, wir werden alles tun, um künftig ärgerliche Doppelarbeiten zu verhindern und sie so wenig als möglich mit doppischen Buchungen zu belästigen.

Doppik ist kein Instrument, um Verwaltungen zu ärgern. Leider auch nicht, um unseren Haushalt materiell besser werden zu lassen. Er bleibt derselbe Haushalt wie in der kameralen Welt. Sie ist nur ein Handwerkszeug, um unsere Arbeit besser machen zu können. Um unseren Haushalt besser verstehen zu können. Aber nur, wenn wir ihn besser verstehen, werden wir ihn auch besser steuern können.